Berlin

Ernüchternde Bilanz zum Open-Source-Kompetenzzentrum

[30.04.2025] Bei einer Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus zur Entwicklung des Open-Source-Kompetenzzentrums kritisierte die OSBA die bislang schleppende Umsetzung. Ein klares politisches Bekenntnis für Open Source fehle bis heute – ebenso wie die entsprechende Strategie.

Im November 2023 ging das Berliner Open-Source-Kompetenzzentrum (OSK) an den Start (wir berichteten). Das beim IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) angesiedelte OSK soll die Verwaltung beim Einsatz von Open-Source-Lösungen unterstützen und beraten. Im Rahmen einer Sachverständigenanhörung befasste sich das Berliner Abgeordnetenhaus damit, wie sich das Kompetenzzentrum für quelloffene Software seit seiner Gründung entwickelt hat. Nun berichtet die Open Source Business Alliance (OSBA) über die Anhörung. Deren Vorstandsmitglied und Berliner Landesvertreter Peer Heinlein, selbst Open-Source-Unternehmer (Heinlein Gruppe), war als Sachverständiger bei der Anhörung zugegen und vertrat die Perspektive der OSBA.

Brücke zum ZenDiS

Heinlein betonte in der Sachverständigenanhörung, dass das Berliner OSK als Brücke zu dem bundesweit aktiven Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) fungieren könnte. „Mit seiner Erfahrung und Kooperation wird das OSK die Umsetzung der Berliner Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen – oder in Teilen überhaupt erst ermöglichen. Die Aufklärung und Fachberatung durch das OSK schafft einen sehr wichtigen Wissenstransfer in die Verwaltung, IT-Planungsstäbe und Beschaffer, um das eigentliche Potenzial einer Open-Source-Strategie tatsächlich wirksam heben zu können. Und das bedeutet gleichzeitig auch eine extrem wichtige Stärkung der lokalen Digitalunternehmen, und ist so auch Motor einer innovativen Start-up-Szene“, so Heinlein.

Internationale Anerkennung und ungenutzte Chancen

Peer Heinlein berichtete dem Ausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus davon, dass er im vergangenen Jahr international positives Feedback zu den deutschen Open-Source-Initativen erhalten habe. Berlin – mit seinen zahlreichen Start-ups und dem OSK – habe vor diesem Hintergrund die Chance, sich international zu positionieren. So könnten Start-ups und etablierte Unternehmen gestärkt und auch für eine Neuansiedlung von Unternehmen geworben werden.

Genutzt werden die Chancen jedoch kaum: „Die Personalausstattung des OSK verläuft schleppend, echte Arbeitsergebnisse stehen in meiner Wahrnehmung bis heute aus. Umgesetzte echte Projekte in der Open-Source- oder auch Cloud-Strategie – völlige Fehlanzeige“, so Heinleins Fazit. Damit steht Berlin hinter Ländern wie Thüringen mit seinem eigenen souveränen Cloudangebot und Schleswig-Holstein mit dem Umstieg der Landesverwaltung auf LibreOffice und der beschlossenen Open-Source-Strategie weit zurück. Der Erfolg des OSK hänge auch vom politischen Willen ab sowie von dem Rückenwind, den das OSK vom Berliner Senat bekomme, betonte Heinlein. Bereits im Jahr 2022 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus die Erarbeitung einer Open-Source-Strategie beschlossen. Diese fehlt jedoch bis heute – aus Heinleins Sicht

ein wichtiger Grund, warum beim OSK bisher noch nicht mehr passiert ist.

(sib)

• Aufzeichnung der Anhörung bei YouTube

Stichwörter: Politik, Berlin, Open Source, OSBA